

Doppelter Geschichtsbruch. Der Wandel in Osteuropa nach der Helsinki-Konferenz 1975 und die Zukunft der europäischen Sicherheit. Hrsg. von Peter Brandt, Dieter Segert und Gert Weisskirchen. Dietz. Bonn 2024. 576 S. ISBN 978-3-8012-0599-7. (€ 38,—.)

Der KSZE-Prozess war ein wesentliches Element der Entspannung des Ost-West-Konflikts. Er brachte neue Dynamiken in die bipolar strukturierte Welt des Kalten Krieges. Er wird häufig im Zusammenhang mit den Wandlungsprozessen gesehen, die zwischen 1989 und 1991 scheinbar ihren Höhepunkt erreicht hatten. Die Annexion der Krim 2014 und der Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine 2022 haben nun ein neues Kapitel der europäischen Geschichte eingeläutet. Der vorliegende Sammelband untersucht, was zwischen 1975 und dem Kriegeausbruch passierte, analysiert die Vorgeschichte und widmet sich verschiedenen Zukunftsperspektiven. Er nimmt die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki als Ausgangspunkt, um die Wandlungsprozesse in Osteuropa zu betrachten. In der Einleitung liefern die Hrsg. einen kurzen, aber präzisen Überblick über die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der osteuropäischen Staaten von 1968 bis 1991 und darüber hinaus sowie Einblicke in die Inhalte des Buches.

Den Beiträgen des Bandes gelingt es in hervorragender Weise, das weite thematische Spektrum abzubilden, das unter dem Begriff „Sicherheit“ in Europa im Untersuchungszeitraum zusammengefasst wird. Der Band ist in vier Abschnitte unterteilt. Die Beiträge des ersten Abschnitts befassen sich mit (entspannungs)politischen Entwicklungen in verschiedenen Staaten und interstaatlichen Beziehungen 1975–1991. Gert Weisskirchen geht in seinem Beitrag etwa der Frage nach, wie es zu den friedlichen Umstürzen der Jahre 1989/1991 gekommen ist, und nimmt dafür die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland sowie den KSZE-Prozess und dessen Auswirkungen auf die Staaten des Warschauer Paktes in den Blick. Dieter Segert befasst sich mit der Entwicklung des Staatssozialismus, dessen Einflüssen sowie den Auswirkungen, den er bis heute auf die europäische Sicherheit hat.

Der zweite Abschnitt nimmt nicht-staatliche Akteursgruppen in den Fokus. Ainārs Dimants schildert aus der Perspektive eines Zeitzeugen u. a. das sowjetische Narrativ bezüglich der Schlussakte von Helsinki sowie die Entstehung dissidentischer Bewegungen und einer politischen Öffentlichkeit in Lettland. Stefan Wölle analysiert die Opposition und die friedliche Revolution in der DDR. Dabei geht er auch auf die Soziografie und (ideologischen) Hintergründe der Beteiligten ein.

Die Texte des dritten Abschnitts widmen sich Entwicklungen nach 1989 und der Frage nach Möglichkeiten für eine gemeinsame europäische Friedensordnung. Gernot Erler untersucht Mythenbildung in der russischen Politik. Dabei steht neben dem Selbstbild Russlands auch das Verhältnis zu Europa und neuen globalen Akteuren im Fokus. Hans Misselwitz geht der Frage nach, warum die europäische Friedensordnung seit 1945 nicht gehalten hat und welche Chancen es vertan wurden, um den Krieg in der Ukraine zu verhindern. Seine Kritik richtet sich dabei hauptsächlich gegen verschiedene Handlungen der NATO.

Die dem Sammelband zugrundeliegende Botschaft der Hrsg. lautet, unterschiedliche Ansichten und Schlussfolgerungen gleichberechtigt zu Wort kommen zu lassen. Dies zeigt sich nicht nur in der Auswahl der Beiträge, sondern auch in der Entscheidung, zwei ausführliche Schlussworte zu verfassen. Sie widmen sich der Suche nach Möglichkeiten, um den Krieg in der Ukraine zu beenden. Beide Texte befassen sich mit verschiedenen Aspekten militärischer Sicherheit sowie den Versäumnissen der letzten Jahre und stellen die Frage nach Zukunftsperspektiven. Weisskirchen kommt zu dem Schluss, dass es erst dann „eine humane Zukunft und eine gerechte Friedensordnung“ geben kann, „wenn auf Gewalt zwischen den Staaten verzichtet wird, wenn Konflikte in wechselseitigem Einverständnis beigelegt werden, wenn das Recht auf Freiheit und Demokratie von allen anerkannt wird und multilateral garantiert ist“ (S. 535). Peter Brandt und Segert beenden ihre Analyse mit der Erkenntnis, dass sich nach dem Ende des Warschauer Paktes keine neue Weltord-

nung und damit auch kein Sicherheitssystem dauerhaft etablieren konnte. Um die Lage in Europa zu stabilisieren, plädieren sie dafür, „die Welt und ihre Konflikte mit den Augen der Gegenseite anzuschauen“ (S. 558) und „sich [...] an das zu erinnern, was erreicht und wieder verloren wurde“ (S. 559). Letztendlich sei die Verhandlungsbereitschaft Russlands der wesentliche Faktor in diesen Überlegungen. Sollte diese jemals gegeben sein, könne die KSZE als Vorbild für zukünftige Verhandlungen dienen. Während sich Weisskirchen in seiner Ausführung auf die Staaten Europas und dem Streben nach einer lokalen Lösung konzentriert, beziehen Brandt und Segert den Globalen Süden als neuen Akteur in der Wirtschaft und die Auswirkungen der Klimakrise auf ökologische Entscheidungen in ihre Überlegungen mit ein.

In den einzelnen Beiträgen gelingt es in hervorragender Weise, das weite thematische Spektrum abzubilden, das unter dem Begriff „Sicherheit“ zusammengefasst wird. Neben den bereits genannten Schwerpunkten finden auch die Rolle der Wirtschaft, nationale Besonderheiten in der Phase des Wandels in Osteuropa, Erklärungsansätze zum Niedergang der Sowjetunion, Entwicklungen der postsowjetischen Periode und Zukunftsperspektiven für Europa Platz in diesem Sammelband. In der Gesamtheit gelingt es, den Fokus weg von den beiden Großmächten und hin zu einzelnen Staaten zu lenken. Die Beiträge zeigen die Vielfalt der Staaten des Warschauer Paktes und ihre individuellen Probleme und Herausforderungen im untersuchten Zeitraum. Dabei stützten sich die Beiträge auf eine breite Quellenbasis und verfolgen eine umfangreiche Palette an Theorien. Neben klassischer Diplomatiegeschichte finden sich Ansätze der New Diplomatic History und Oral History, soziografische Analysen und Texte, die stark prozessorientiert sind.

Besonders hervorzuheben sind die vielfältigen Hintergründe der Beitragenden. Unter den Autorinnen und Autoren finden sich u. a. Botschafter und Diplomaten, Publizisten und Journalisten, Politikwissenschaftler und Historiker und Mitglieder diverser dissidentischer und oppositioneller Bewegungen. Dies schlägt sich sowohl im Inhalt als auch in der Gestaltung der Texte nieder. Während der Großteil den Konventionen wissenschaftlicher Beiträge folgt, sind manche Texte der Kategorie „Journalismus“ oder „Memoiren“ zuzuordnen und kommen ohne viele Verweise auf weiterführende Literatur aus. Jeweils für sich betrachtet, erfüllen die Texte jedoch hohe Standards.

Zusammengefasst bietet der Sammelband spannende neue Einblicke in die letzte Phase des Kalten Krieges sowie die aktuelle Lage Europas. Ein verbindendes Element ist die Frage nach der Gestaltung der Zukunft des Kontinents. Die Beiträge liefern dafür verschiedene Lösungsansätze. Kleine Schwachpunkte, wie die uneinheitliche Gestaltung bzw. das Fehlen von Literaturangaben am Ende mancher Beiträge oder die einmalige Verwechslung von KSZE und OSZE, sind daher kaum erwähnenswert und schmälern den Beitrag des Sammelbands zur Geschichtsschreibung dieser Epoche oder die beeindruckende redaktionelle und verlegerische Arbeit keinesfalls.

Innsbruck

Nina Hechenblakner

Kate Korycki: Weaponizing the Past. Collective Memory and Jews, Poles, and Communists in Twenty-First Century Poland (Worlds of Memory, Bd. 11.) Berghahn Books. New York – Oxford 2023. 218 S., Ill. ISBN 978-1-80539-050-3 (\$ 135,–)

In 2018, the Law and Justice Party (PiS) passed an amendment to a historical memory law that would make assigning blame to Poles or the Polish nation for crimes committed by Germans or Soviets punishable by up to three years in prison. The move sparked outrage, especially in the United States and Israel. The Western press dubbed it Poland's "Holocaust Law" and rumors abounded that it had become illegal to even talk about the murder of Jews in Poland. Frankly, for those outside Poland, this amendment made little sense, and seemed only to reinforce a stereotype of pervasive Polish antisemitism. But to those inside the country, this was just another salvo in a drawn-out battle over who controls the political conversation.